

Volker Mönikes **Simbabwe**
in der
Aufbruch-Krise

Zwischen Verfassungsreferendum und Wahlen

Seit 1998 schwelt in Simbabwe die Diskussion über eine dringend benötigte Verfassungsreform; zunächst von wenigen Parlamentariern entfacht, dann aber von der parlamentarischen Opposition und breiten Kreisen der Bevölkerung in Schwung gebracht. Die erst unter dem Druck des Volkes von Präsident Mugabe eingesetzte Kommission arbeitete zwar einen Reformvorschlag aus, dieser ignorierte jedoch die tatsächlichen Erfordernisse weitgehend und erfuhr daher im Februar 2000 in einem demokratischen Referendum eine klare Ablehnung. Die fehlende Bereitschaft der Regierungspartei ZANU/PF, das Votum zu akzeptieren und eine echte Reform zu initiieren, die desaströse Wirtschaftslage sowie die Zunahme von Korruption und Rassismus im Lande haben Simbabwe inzwischen an den Rand des Zusammenbruchs geführt – ein Prozess, der für die im Jahre 2002 anstehenden Präsidentschaftswahlen einen eindeutigen Sieg der Oppositionsparteien unter Führung des MDC erhoffen lässt.

Die Regierung Simbawes musste in einem Referendum zu einer Verfassungsreform am 12./13.2.2000 eine für die meisten Beobachter, vor allem aber für sie selbst völlig überraschende Niederlage hinnehmen.

Wenige Wochen nach diesem Ereignis begannen alte Kriegsveteranen, Bauernhöfe, die fast ausschließlich im Besitz weißer Simbawer sind, zu besetzen. Die Besetzer haben offensichtlich mindestens die Billigung des Staatspräsidenten für dieses Vorgehen, von dem aktuell nahezu 400 Höfe betroffen sind. Es scheint, als suche Robert Mugabe Zuflucht in der Verknüpfung der gegenwärtigen Situation mit den dunkelsten Ressentiments, die bei allen Gruppierungen der simbaweschen Gesellschaft aus der Zeit vor 1980 noch vorhanden sind. Dies ist ein bewusstes Spiel mit dem Feuer.

Jüngste diplomatische Auseinandersetzungen mit Großbritannien, das seinen Botschafter zurückrief, nachdem diplomatisches Gepäck, gegen internationales Recht und ohne Zustimmung der britischen Regierung, von den simbaweschen Behörden inspiert worden war, symbolisieren die krisenhafte Entwicklung und die Nervosität der Regierung. Man vermutete – unberechtigterweise, wie sich herausstellte – Wahlkampfmaterial für die Opposition in dem geöffneten Container.

Simbabwe steht in einer Existenzkrise, denn es ist unklar, wer gegenwärtig noch Kontrolle über die Entwicklung im Land ausüben und wie ein geordnetes Leben wiederhergestellt werden kann. Handelt es sich um normale Wirren, die den Beginn eines demokratischen Aufbruchprozesses kennzeichnen? Oder

beginnt eine aus anderen Ländern bekannte Phase des gewaltsamen Kampfes eines alten Despoten und seiner Anhänger mit alternativen, zur politischen Macht strebenden Kräften? Niemand ist in der Lage, den Ausgang der Krisenentwicklung vorherzusagen. Ihre Komponenten betreffen alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens.

■ **Der Prozess wurde durch die Verfassungsdiskussion eingeleitet.**

1998 institutionalisierte sich in Simbabwe eine schon lange schwelende Diskussion zur Reform der bestehenden Verfassung. Dieser Prozess begann zunächst mit zögerlichen Beiträgen von gemäßigt erneuerungswilligen Abgeordneten des Parlaments, die im Rahmen des Parlamentarischen Ausschusses zur Verfassungsreform ihre Beiträge leisteten. Er nahm an Bedeutung zu durch die Arbeit einer im wesentlichen von Institutionen der Zivilgesellschaft und Oppositionsparteien getragenen Initiative, die sich unter dem Namen National Constitutional Assembly (NCA) etablierte.

Während an der Parlamentsinitiative nahezu ausschließlich Mitglieder der Regierungspartei ZANU/PF, welche die Volksvertretung fast uneingeschränkt dominiert, beteiligt waren, griff die NCA vor allem die Position von Menschenrechtsgruppen, kritischen Nichtregierungsorganisationen sowie von gewerkschaftlich und bürgerrechtlich orientierten Bewegungen auf, von denen sich einige später in den Parteien formierten, die jetzt als aussichtsreiche Oppositionsgruppen in Erscheinung treten. Sie fand dabei Unterstützung aus der internationalen Gemeinschaft.

Die Entschlossenheit der NCA war entscheidend für die Dynamisierung des Verfassungsgebungsprozesses und die Einbeziehung der Öffentlichkeit. Ihre kritischen Interventionen führten dazu, dass die Regierung Mugabe befürchtete, die Kontrolle über den Verfassungsgebungsprozess zu verlieren. Sie setzte daher eine 400 Mitglieder starke eigene Kommission, die Constitutional Commission (CC), ein, um offizielle Vorschläge zu den Inhalten einer neuen Verfassung auszuarbeiten. Diese führte zunächst Befragungen der Bevölkerung in allen Landesteilen durch, bei denen sich ein tatsächlicher Wunsch der Bevölkerung

■ **1998 institutionalisierte sich in Simbabwe eine schon lange schwelende Diskussion zur Reform der bestehenden Verfassung.**

nach einschneidenden Reformen herauskristallisierte. Die Mitglieder der NCA weigerten sich, an diesem Prozess mitzuwirken, und zwar aufgrund der Tatsache, dass die Umsetzung der Empfehlungen dieser Kommission ausschließlich von der Exekutive, verkörpert vom Staatspräsidenten, und nicht von der Legislative abhing. Hinzu kam aus der Sicht der NCA erschwerend, dass die CC sich einseitig aus regierungsfreundlichen Mitgliedern zusammensetzte. Fortan gab es zwei parallele Initiativen zur Reform der Verfassung.

Die CC legte dem Präsidenten Ende 1999 einen neuen Verfassungsentwurf vor. Die Anregungen aus der Bevölkerung blieben darin nachweislich in den entscheidenden Fragen unberücksichtigt. Die Regierung ihrerseits erweiterte den Entwurf der CC eigenmächtig noch einmal um einen Zusatz, welcher ihr das Recht auf Akquisition von Farmland und Einklagen von Reparationsleistungen bei der alten Kolonialmacht Großbritannien gab.

Der Entwurf stand auf Anordnung des Präsidenten am 12./13. Februar in einem Referendum zur Abstimmung.

■ Es gab eine kurze, aber intensive Kampagne der Gegner des Verfassungsentwurfes für ein Nein-Votum, nachdem seine Befürworter wochenlang mit hohem finanziellem Aufwand und medienwirksam für die Annahme der Verfassung geworben hatten.

Es gab eine kurze, aber intensive Kampagne der Gegner des Verfassungsentwurfes für ein Nein-Votum, nachdem seine Befürworter wochenlang mit hohem finanziellem Aufwand und medienwirksam für die Annahme der Verfassung geworben hatten. Die Regierung selbst hielt sich, offensichtlich in keiner Weise am Erfolg des Referendums zweifelnd, während der Kampagne eher zurück.

Der Ausgang des Referendums – über 55 Prozent Nein-Stimmen bei auch in ländlichen Gebieten hohen Ablehnungsquoten – hat in seiner Eindeutigkeit viele überrascht. Allgemein werten Beobachter die Ablehnung des Verfassungsentwurfes als Misstrauensvotum der Bevölkerung gegen den Präsidenten und die Regierung. Zum ersten Mal gelang es der Opposition in Simbabwe, die kritischen Kräfte im Land zu bündeln und ein sichtbares und in Wählerstimmen messbares Zeichen des Unmutes gegen die Regierung zu organisieren.

Die Botschaft war eindeutig, und so ist sie auch bei der Regierung angekommen. Diese reagiert zunehmend nervös und hilflos, denn sie sieht sich mit einer Situation konfrontiert, deren wirtschaftliche, politi-

sche, soziale und kulturelle Determinanten allesamt negativ beurteilt werden müssen.

■ **Die wirtschaftliche Lage im Land ist katastrophal.**

Da ist zunächst die Beteiligung am Krieg in der DR Kongo. Sie führt zu Kosten, welche die aus der Haushaltssituation erwachsenden Möglichkeiten der Regierung weit überschreiten. Die Gewinne aus dem Krieg in Form von Rohdiamanten und anderen Mineralien kommen nur einer kleinen Schicht von Mitgliedern der Regierung und ihr Nahestehenden zugute. Allenfalls die simbabweschen Soldaten im Kongo können dem Krieg noch positive Seiten abgewinnen, wurde doch ihr Sold deutlich angehoben und profitieren doch auch sie, wenngleich in viel geringerem Ausmaß, von dort gegebenen Möglichkeiten zur persönlichen Bereicherung. Schon geht das Gerücht, dass es für Mugabe schwer werden könnte, seine Soldaten nach Ankunft der UNO-Friedenstruppen in Kongo nach Hause zurückzubehalten, ist ihre Lebenssituation im Ausland doch zum Teil deutlich angenehmer als daheim.

Da ist ferner die konstante, inzwischen zu einer Prestigefrage erwachsene Weigerung der Regierung, dem Internationalen Währungsfonds entgegenzukommen und Maßnahmen zur Strukturanpassung neu aufzulegen, um auf diese Weise auch dringend notwendiges frisches Geld in den an Devisen armen Wirtschaftskreislauf einzuspeisen. Die künstliche Überbewertung des Simbabwe-Dollars und die damit einhergehende Verteuerung von Importgütern, die Erschwerung ausländischer Investitionen und die Steigerung der Inflation sowie die Unfähigkeit, wirkliche Reformen in der Bürokratie einzuführen, darüber hinaus auch die angesichts der entstehenden Knappheiten auf nahrhaftem Boden sich ausbreitende Korruption werden in absehbarer Zeit zum Kollaps des Systems führen müssen. Nunmehr knüpfen viele internationale Geber – allen voran die Weltbank – ihre jetzt dringend benötigte Unterstützung an ein Einlenken Mugabes gegenüber dem IWF und dessen Bedingungen.

Mugabe selbst hofft offensichtlich, durch Einwerben öffentlichkeitswirksamer und tatsächlicher materieller Unterstützung in anderen Lagern, so bei sei-

■ **Die künstliche Überbewertung des Simbabwe-Dollars und die damit einhergehende Verteuerung von Importgütern, die Erschwerung ausländischer Investitionen und die Steigerung der Inflation sowie die Unfähigkeit, wirkliche Reformen in der Bürokratie einzuführen, darüber hinaus auch die sich ausbreitende Korruption werden in absehbarer Zeit zum Kollaps des Systems führen müssen.**

■ Die Zeichen der Wirtschaftskrise sind allenthalben sichtbar: Lange Schlangen an den Haltestellen der Kleinbusse, die normalerweise effizient den öffentlichen Verkehr aufrechterhalten, zeugen von einer in dieser Form nie dagewesenen Krise bei der Treibstoffversorgung im Land.

nem Verbündeten Laurent Kabila und bei arabischen Staaten, die gegenwärtige Situation nach innen und nach außen unter Kontrolle halten zu können. Aber gerade seine letzte Reise nach Kuwait erbrachte nichts als die Bestätigung der absoluten Kreditwürdigkeit Simbabwe selbst in der arabischen Welt.

Schließlich führen – als wären der Krisen nicht genug – die jüngsten Naturkatastrophen, ausgelöst durch sintflutartige Regenfälle, zu einer weiteren, in der Konsequenz den Staatshaushalt und die Wirtschaftsaussichten massiv belastenden Verschlechterung der Lage.

Die Zeichen der Wirtschaftskrise sind allenthalben sichtbar: Lange Schlangen an den Haltestellen der Kleinbusse, die normalerweise effizient den öffentlichen Verkehr aufrechterhalten, zeugen von einer in dieser Form nie dagewesenen Krise bei der Treibstoffversorgung im Land. Viele Betriebe verlieren wertvolle Arbeitszeit ihrer Mitarbeiter dadurch, dass sie diese auf Suchtouren nach Treibstoffangeboten an den Tankstellen schicken, von denen sie nach stundenlangen Erkundungen meist erfolglos zurückkehren. Wenn einmal ein Tankfahrzeug gesichtet wird, folgen diesem sofort Hunderte von Fahrzeugen und bilden lange Schlangen an den Tankstellen, häufig, um nach ermüdendem Warten mit zehn Litern Treibstoff abgefertigt zu werden oder gar kurz vor Erreichen der Zapfsäule zu erfahren, dass die Vorräte bereits wieder zur Neige gegangen sind. Schießereien beim Kampf an den Tankstellen haben bereits erste Verletzte gefordert. Die Fahrt zum Arzt oder zu anderen Anbietern lebenswichtiger Dienstleistungen wird gerade für die ländliche Bevölkerung immer unerschwinglicher.

Schlimmer noch für die Bevölkerung ist der Mangel an Versorgung mit Paraffin, dem wichtigsten Brennstoff bei der täglichen Küchenarbeit. Simbawer können Maisbrei, das alltäglich notwendige Grundnahrungsmittel, nicht mehr herstellen. Um Brot oder andere industriell hergestellte Substitute zu kaufen, fehlt das Geld. Die rapide steigenden Transportkosten verschärfen die Situation. In der Folge entstehen Hunger und Krankheiten; Kinder werden nicht mehr zur Schule geschickt, Tagelöhner verlieren ihr Einkommen vollständig. Hinzu kommen mittelfristig verheerende ökologische Konse-

quenzen, denn das Paraffin wird nunmehr durch – auch immer teurer werdendes – Feuerholz ersetzt. Die ohnehin bedenkliche Abholzung beschleunigt sich – mit unabsehbaren Folgen für die natürliche Umwelt.

Der Zyklon Eline, der seinen Schwerpunkt im Nachbarland Mosambik hatte, trägt auch in Simbabwe zu einer Verschärfung der Krise bei. Einerseits standen in den östlichen und südlichen Provinzen des Landes erhebliche Landflächen lange unter Wasser, was zu gravierenden Ernteaussfällen führen muss, andererseits ist die Versorgung des Binnenlandes Simbabwe von den Häfen Mosambiks her sehr lückenhaft und noch teurer geworden. Die Regierung verfügt nicht über die Mittel, die notwendige Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Es ist nur eine Frage der Zeit, wann umweltbedingte Krankheiten wie Cholera und Malaria nicht mehr kontrolliert werden können, aber auch, wann die zur Aufrechterhaltung der alltäglichen Gesundheitsversorgung notwendige Infrastruktur in Form von Transport-, Medikamenten- und ärztlicher Versorgung vollständig zusammenbricht.

Die gegenwärtigen Übergriffe auf die Farmen meist weißer Tabakbauern könnten dazu führen, dass auch die Einkünfte aus dem wichtigsten Exportprodukt Tabak mindestens verzögert, wenn nicht vermindert werden, was die kritische Wirtschaftslage weiter verschärfen dürfte.

Und auch für die außenwirtschaftlich zweitwichtigste Branche, das Tourismusgewerbe, sind die Überbewertung der Landeswährung sowie die Meldungen über politische, natürliche und Versorgungskrisen nicht gerade förderlich.

Eine massive Reaktion aller betroffenen Bevölkerungsgruppen kann angesichts dieser Krise nicht mehr ausgeschlossen werden. Sie würde unkontrollierbare Auswirkungen haben.

Zu einer vernünftigen und logisch vermittelbaren Wirtschaftspolitik hat die Regierung aber keine Kraft mehr. Sie setzt daher darauf, ihre traditionelle Anhängerschaft auf dem Lande und bei den alten Freiheitskämpfern mit politischen Parolen und Solidaritätsgesten zu bedienen; und sie vertraut im übrigen darauf, dass das in zwanzig Jahren allerdings abgenutzte propagandistische Repertoire aus Hasstiraden

■ **Zu einer vernünftigen und logisch vermittelbaren Wirtschaftspolitik hat die Regierung keine Kraft mehr. Sie setzt daher darauf, ihre traditionelle Anhängerschaft auf dem Lande und bei den alten Freiheitskämpfern mit politischen Parolen und Solidaritätsgesten zu bedienen.**

■ **Besonders irritierend ist der in Simbabwe immer wieder geschürte Rassismus. Wirkliche Probleme des Landes können gar nicht angegangen werden, solange – je nach Perspektive – immer wieder Weiß oder Schwarz mit oft dümmlichen Argumenten für die bestehenden Missstände verantwortlich gemacht werden.**

gegen die weiße Bevölkerung, sozialistischen Parolen und verklärenden Heldenepen, die natürlich insbesondere den Präsidenten preisen, noch einmal zur Beruhigung beitragen kann.

Besonders irritierend ist in der Tat der in Simbabwe immer wieder geschürte Rassismus. Wirkliche Probleme des Landes können gar nicht angegangen werden, solange – je nach Perspektive – immer wieder Weiß oder Schwarz mit oft dümmlichen Argumenten für die bestehenden Missstände verantwortlich gemacht werden. Statt hier eine gute und positive Führungsrolle etwa nach dem Beispiel Nelson Mandelas einzunehmen, schürt Mugabe gerade diese gefährliche Spaltungsrhetorik im Lande bewusst, und einzig zu seinem eigenen politischen Vorteil.

Verfassungspolitisch ist die gegenwärtige Situation paradox. Zugleich verschärft die Regierung auch die Verfassungsdebatte in bedenklicher Weise.

Ohne Zweifel enthielt der von der Verfassungskommission zum Referendum eingereichte Vorschlag deutliche Fortschritte gegenüber der Lancaster-House-Verfassung, vor allem im Bereich der Menschen- und Bürgerrechte, im Hinblick auf die Einrichtung einer Reihe von unabhängigen Kommissionen wie z.B. Senat oder Anti-Korruptions-Behörde, wenngleich deren Kompetenzen keinesfalls ausreichend ausgestaltet waren. Ferner hätte es Fortschritte im Hinblick auf eine Reform des Verfahrens zur Parlamentswahl gegeben. Hier sieht die gültige Lancaster-House-Verfassung immer noch die Ernennung von 30 Abgeordneten durch den Staatspräsidenten vor.

Im Sinne der Regierung hatte die zur Abstimmung vorgelegte Verfassung in der von ihr selbst später noch ergänzten Form (!) insbesondere den Vorteil, dass sie einen nach internationalen Rechtsnormen völlig absurden verfassungsmäßigen Auftrag zur Erwirkung von Reparationsleistungen für in der Kolonialzeit akquiriertes und nunmehr umzuverteilendes Land von den ehemaligen Kolonialherren erhalten hätte. Gerade diesen Punkt führte die Regierung in den letzten Tagen vor dem Referendum bei der Werbung für ein positives Votum der Bevölkerung als Argument an.

Die vereinigte Opposition stützte ihre Kampagne im Wesentlichen darauf, dass der Verfassungsentwurf

immer noch eine viel zu starke Exekutive, unklare Aufgaben- und Kompetenzabgrenzungen zwischen Exekutive und Legislative, Abhängigkeiten der Judikative von der Regierung und ungeklärte Kompetenzen für die genannten neuen Institutionen enthielt. Darüber hinaus kritisierte sie das Verfahren, durch welches die von der Regierung handverlesene Kommission den Entwurf, z.T. unter deutlicher Missachtung der von der Bevölkerung vorgebrachten Wünsche, erstellte und zugleich öffentlich propagierte.

Die Abstimmung bezog sich auf den gesamten Verfassungsentwurf und nicht, was durchaus möglich gewesen wäre, aber von der Regierung abgelehnt wurde, auf verschiedene Einzelteile des Entwurfs. Damit blieb der Opposition gar keine andere Wahl, als mit ihrer Kampagne für ein Nein-Votum zugleich in Kauf zu nehmen, dass auch die Vorteile der neuen Verfassung im Falle des dann ja tatsächlich erreichten Abstimmungssieges nicht zum Tragen kommen.

Das Votum erfolgte in demokratisch einwandfreier Form. Die Beteiligung an der Abstimmung war höher als bei den letzten Wahlen. Daher fällt es der Regierung Mugabe schwer, den Prozess mit Argumenten zu kritisieren, die sich auf seinen formalen Ablauf beziehen. Öffentlich wurde das Ergebnis der Abstimmung daher auch anerkannt.

Allerdings begreift die Regierung die politische Botschaft, die ihre Abstimmungsniederlage enthält, und sie versucht nun, auf kaltem Wege über die faktisch wie ein Einparteienparlament funktionierende Volksvertretung jenen Teil der Verfassungsänderung doch noch durchzusetzen, von dem sie sich politisches Kapital erhofft. Noch vor den nächsten Parlamentswahlen soll es zu einer Änderung des betreffenden Artikels der Verfassung dergestalt kommen, dass Landumverteilungen erleichtert und die dafür vorgesehenen Reparationskosten von Großbritannien eingeklagt werden können. Vermeintlich geschickt verknüpft die Regierung das Einbringen dieses Änderungsvorschlags mit einem zweiten, der die Einrichtung einer Antikorruptions-Institution vorsieht. Damit glaubt man das Argument stärken zu können, dass es sich bei den gegenwärtigen Versorgungsengpässen im Lande vor allem um die Folge korrupter Machenschaften Einzelner handelt. Man hofft so von den strukturellen Defiziten in der Wirt-

■ **Das Votum erfolgte in demokratisch einwandfreier Form. Die Beteiligung an der Abstimmung war höher als bei den letzten Wahlen. Daher fällt es der Regierung Mugabe schwer, den Prozess mit Argumenten zu kritisieren, die sich auf seinen formalen Ablauf beziehen.**

■ **Wie immer man das machtpolitische Verhalten der Regierung bewertet, muss deutlich festgehalten werden, dass die Regierung Mugabe nicht bereit ist, sich an die von ihr selbst gesetzten demokratisch ausgestalteten Spielregeln zur Änderung der simbabweschen Verfassung zu halten.**

schaft ablenken und auch in der Weltöffentlichkeit das Bild einer sauberen und entschlossenen Regierung aufbauen zu können. Letzteres dürfte schon aufgrund des Mangels an Unabhängigkeit und Macht für die vorgesehene Antikorruptions-Institution scheitern.

Wie immer man das machtpolitische Verhalten der Regierung bewertet, muss deutlich festgehalten werden, dass die Regierung Mugabe nicht bereit ist, sich an die von ihr selbst gesetzten demokratisch ausgestalteten Spielregeln zur Änderung der simbabweschen Verfassung zu halten. Das Votum der Bevölkerung gegen den Verfassungsentwurf wird missachtet. Die demokratische Legitimität des Bevölkerungsvotums wird negiert. Damit werden wichtige Grundsätze demokratischer Spielregeln außer Kraft gesetzt. Mugabe und seine Regierung zeigen, dass sie nicht bereit sind, die Grundregeln der Demokratie und den artikulierten Willen der Bevölkerung zu achten. Formal bestehende Kompetenzen des Parlaments, dessen Sitzungsperiode so gut wie abgelaufen ist, werden schamlos zum Coup gegen den Willen der Bevölkerung missbraucht. Wahlkampfziele und die Bedienung einzelner Klientele stehen der Regierung Mugabe über der Achtung des ausdrücklichen und im Referendum ausgedrückten Willens des demokratischen Souveräns.

Anders die Opposition. Sie akzeptiert die auch für sie negativen Folgen des Referendums. Sie weiß um die Notwendigkeit, einen neuen substanziellen Anlauf zu einer wirklich demokratisch orientierten Verfassungsänderung einleiten zu müssen. Vor allem aber nimmt sie in Kauf, dass bei den in diesem Jahr fälligen Wahlen auf der Basis der alten Lancaster-House-Verfassung gewählt wird. Dies bedeutet:

- Es wird keine wirklich unabhängige Wahlüberwachung durch ein unabhängiges Gremium geben.
- Die starke Exekutive kann alle ihr im Wahlkampf zur Verfügung stehenden Mittel uneingeschränkt nutzen, um den Wahlprozess zugunsten der jetzigen Regierung zu beeinflussen.
- Das von vielen gewünschte Verhältniswahlrecht kann nicht eingeführt werden.
- Die Tatsache, dass 20 Prozent der Sitze vom Präsidenten vergeben werden, macht einen Sieg in 76 der 120 Wahlkreise notwendig, um die Mehrheit zu erlangen.

■ **Ablauf und Ergebnis des Wahlprozesses sind ungewiss.**

Gemäss der bestehenden Rechtslage müssen Parlamentswahlen noch in diesem Jahr, ordnungsgemäss im April und unter Anführung gewichtiger Argumente spätestens im September stattfinden.

Um weitere politische Niederlagen zu vermeiden bzw. mindestens ihren eigenen Machtverlust zu begrenzen, lässt sich die Regierung im Moment nicht darauf ein, die für den 29./30. April vorgesehenen Parlamentswahlen zu verschieben. Allerdings hat sie sich auch offiziell noch nicht auf einen Termin festgelegt.

Das Eingeständnis des Justizministers, eines loyalen Mugabe-Vertrauten, dass ordnungsgemässe Wahlen keinesfalls vor Juni stattfinden können, wurde von Mugabe selbst öffentlich kritisiert. Er stellte sich damit auch gegen Empfehlungen verschiedenster neutraler und die technisch-administrativen Voraussetzungen des Wahlverfahrens in Blick nehmender internationaler Expertengruppen, u.a. von der UNDP, die die Erstellung eines geeigneten Wählerregisters vor Juni für unmöglich erklären.

Internationale Geber, die zu einer materiellen Unterstützung des Urnengangs bereit wären, haben ihre Hilfe an die Einhaltung formaler Mindestkriterien für einen demokratischen Wahlprozess geknüpft. Ihre Argumente finden zur Zeit kein Gehör. Offensichtliche Panik und der unbedingte Wille, die kommenden Wahlen für die Regierung – gleichgültig mit welcher tatsächlichen Legitimation – erfolgreich abzuwickeln, bestimmen die Handlungsweise der Regierung.

Dabei nutzt sie zur Zeit skrupellos alle Mittel zur Herstellung von Konfusion und zur Verhinderung von Transparenz aus. So läuft gerade ein Prozess zur Eintragung in die Wahlregister, über dessen genaue Bestandteile kaum jemand Bescheid weiß. Viele Bürgerinnen und Bürger wissen gar nicht, was sie tun müssen, um sich an diesem Registrierungsverfahren zu beteiligen. Diejenigen, die daran teilgenommen haben, sind nicht in der Lage, dies durch irgendein Dokument nachzuweisen. Es steht zu befürchten – und diese Einschätzung wird von vielen nationalen und internationalen Beobachtern geteilt – dass es zu

■ **Internationale Geber, die zu einer materiellen Unterstützung des Urnengangs bereit wären, haben ihre Hilfe an die Einhaltung formaler Mindestkriterien für einen demokratischen Wahlprozess geknüpft. Ihre Argumente finden zur Zeit kein Gehör.**

■ **Schon im Januar entschloss sich der anglikanische Bischof Hatendi, bis dahin Präsident der Wahlüberwachungskommission (Electoral Supervisory Commission), durch seinen Rücktritt auf die Machtlosigkeit der von ihm geleiteten Kommission sowie auf die zu erwartende Farce aufmerksam zu machen.**

einer massiven Manipulation der Wählerregister kommt, und die Durchführung korrekter und transparenter Parlamentswahlen damit unmöglich wird.

Schon im Januar entschloss sich der anglikanische Bischof Hatendi, bis dahin Präsident der Wahlüberwachungskommission (Electoral Supervisory Commission), durch seinen Rücktritt auf die Machtlosigkeit der von ihm geleiteten Kommission sowie auf die zu erwartende Farce aufmerksam zu machen. Anders als es selbst in den meisten Nachbarländern Simbabwe der Fall ist, verfügt die Kommission über keinerlei wirkliche Eingriffs- und Sanktionsmacht. Nichts hat sich seit Hatendis Rücktritt an der anscheinend unbedingten Entschlossenheit der Regierung geändert, die Wahlen unter allen Umständen zu ihren Gunsten zu manipulieren.

Darüber hinaus schafft die Regierung durch die Duldung der Besetzungen von Großfarmen ein gefährliches, kaum mehr kontrollierbares Gewaltpotential, welches die Vielzahl der Bürgerinnen und Bürger, die nunmehr zum ersten Male bereit wären, an einer freien Wahl teilzunehmen und gegen die Regierung Mugabe zu stimmen, verunsichern soll. Bisher reagieren die weißen Bauern und deren Interessenverband sehr zurückhaltend, offensichtlich darauf hoffend, dass die Regierung ihrerseits den Prozess stoppt.

Die Signale der Regierung an die Öffentlichkeit sind aber widersprüchlich. Während der Innenminister Dabengwa die Besetzer aufforderte, ihre Aktionen sofort einzustellen, bezeichnete Präsident Mugabe dieselben als völlig legitime gewaltlose Demonstrationen, die den Willen der Bevölkerung nach einer Veränderung des Status quo in der Landfrage zum Ausdruck bringen. Damit leistete er der Dynamisierung des Besetzungsprozesses geradezu Vorschub. Auch in diesem Zusammenhang benutzte Mugabe wieder eindeutig rassistische Argumente.

Beobachter berichten zudem, dass es sich bei den Besetzungen keineswegs um spontane Initiativen handelt, sondern dass sichtlich Instruktionen und auch logistische Hilfestellung von Seiten der Regierungspartei ZANU-PF vorlagen. Auch waren die Besetzungen nicht friedlich und gewaltfrei, sondern es kam – das belegen von der Tageszeitung *Daily News* veröffentlichte Photos – zu eindeutigen Über-

griffen auf die Privatsphäre der Farmer und zur Übernahme von Arbeitsmitteln wie beispielsweise Computern. In einzelnen Fällen lassen sich sogar parteipolitische Motive nicht ausschließen, wie etwa auf dem Hof eines potenziellen Parlamentskandidaten der Oppositionspartei ZUD. Durch Zufall wurden der deutsche Botschafter und eine Abgeordnetelegation des Deutschen Bundestages Zeugen dieser Besetzung.

Die Besetzungen und die Einbringung eines Entwurfs zur Änderung des Paragraphen zur Landreform in der Verfassung haben ein gemeinsames Motiv. Es geht um eine positive Beeinflussung der Parlamentswahlen zugunsten der jetzigen Regierungspartei. Die ZANU/PF zeigt sich völlig irritiert von der Abstimmung über die Verfassung und versucht nun, nicht noch mehr Terrain zu verlieren.

Und Mugabe scheint nun auf möglichst frühzeitige Wahlen zu setzen. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen:

- Ein möglicher Vereinigungs- bzw. Koordinationsprozess der Oppositionsparteien braucht Zeit. Je weniger Zeit die Oppositionsparteien haben, um sich zu gemeinsam zu formieren, um so größer sind die Chancen der ZANU/PF.
- Der Prozess der Kandidatenbenennung in den noch keineswegs über eingespielte Strukturen und Mechanismen verfügenden jungen Oppositionsparteien muss ebenfalls sehr vorsichtig erfolgen. Politische Loyalität, Zugkraft beim Wähler und inhaltliche Kompetenz von Hunderten von Kandidaten müssen geprüft werden; auch dieser Prozess verläuft um so unergiebig für die Opposition, je weniger Zeit ihr bleibt.
- Die aktuelle Situation vor den Wahlen lässt Mugabe kaum Möglichkeiten, auf die Bedingungen des IWF einzugehen, ohne beim Wähler das Gesicht zu verlieren. Dies führt aber möglicherweise gleichzeitig zu einer derartig rapiden Verschlechterung der Lebenssituation der Bevölkerung, dass eine Radikalisierung nicht auszuschließen ist. Die politische Situation könnte aus dem Ruder laufen. Unkontrollierte Gewaltausbrüche oder auch ein von den Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreik könnten die Folge sein. Von letzterem würde insbesondere die größte Oppositionspartei MDC

■ Die ZANU/PF zeigt sich völlig irritiert von der Abstimmung über die Verfassung und versucht nun, nicht noch mehr Terrain zu verlieren.

profitieren können, die aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen ist. Sie hätte daher auch das politische und organisatorische Potenzial, um zu einem solchen Streik aufzurufen.

Häufig spekuliert wird über die Möglichkeit eines realen oder auch eines von Mugabe zu seinem Machterhalt inszenierten Militärputsches vor den Wahlen. Immer wieder hört man das Argument, dass bis zum vergangenen Dezember auch in Côte d'Ivoire niemand mit einem solchen Ereignis gerechnet hätte, das dann aber schließlich doch eintrat. Außerdem werden Präsident Mugabe (ob berechtigt oder unberechtigt, spielt für die Beschreibung der Stimmungslage eine nur untergeordnete Rolle) zum schieren Machterhalt alle möglichen Tricks, auch ein Abkommen mit den Militärs über einen inszenierten Coup zugetraut. Jüngste Neuernennungen an der Militärspitze werden dafür als Indizien genannt.

■ Die Lage bei den Oppositionsparteien ist heterogen.

■ Zur Zeit kann man wohl nur von einer einzigen wirklich schlagkräftigen Oppositionspartei ausgehen, dem Movement for Democratic Change (MDC) des ehemaligen Gewerkschaftsführers Morgan Tsvangirai, der bis Januar 2000 als Generalsekretär den nationalen Gewerkschaftsbund ZCTU organisierte.

Zur Zeit kann man wohl nur von einer einzigen wirklich schlagkräftigen Oppositionspartei ausgehen, dem Movement for Democratic Change (MDC) des ehemaligen Gewerkschaftsführers Morgan Tsvangirai, der bis Januar 2000 als Generalsekretär den nationalen Gewerkschaftsbund ZCTU organisierte. Diese 1999 gegründete Partei kann sich auf das Netzwerk und auch auf die Erfahrung in politischen Auseinandersetzungen stützen, welche die Gewerkschaftsbewegung und insbesondere Tsvangirai selbst mitbringen. Morgan Tsvangirai kämpft seit über zehn Jahren für eine Liberalisierung des simbabwischen Systems und hat mehrfach die Sanktionen des Systems ertragen müssen, indem er verhaftet und auch misshandelt wurde.

MDC bzw. ZCTU waren die wichtigsten Gruppierungen der National Constitutional Assembly (NCA), jener Gruppierung aus Oppositionsparteien, Kirchen und Organisationen der Zivilgesellschaft, die eine eigenständige Bewegung für eine Verfassungsreform in Simbabwe gründeten und schließlich auch die erfolgreiche Kampagne für das Nein-Votum einleiteten. Sie wurden dabei unterstützt von verschiedenen internationalen Gebern. Nicht ohne Kritik von den anderen an der NCA beteiligten Grup-

pen zu ernten, war Tsvangirai in der Lage, den großen Erfolg der NCA-Kampagne in politisches Kapital für seine Partei umzumünzen. Der MDC ist nun die einzige schlagkräftige und im ganzen Land organisatorisch vertretene Partei. Sie wird in der Lage sein, bei den kommenden Wahlen Kandidaten in allen Wahlkreisen aufzustellen.

Der enorme Erfolg des MDC bringt aber auch Probleme mit sich. Schon versuchen Mitglieder der ZANU/PF eine neue Karriere in der Oppositionspartei, auch Anhänger kleinerer Oppositionsparteien suchen Kandidatenplätze über den MDC. Es ist für Tsvangirai extrem schwierig, in dieser Situation zu einem geordneten Kandidatenauswahlverfahren zu gelangen. Noch schwieriger wird es für ihn sein, nach den Wahlen die notwendige Integration innerhalb der Partei zu leisten. Zwar hat der MDC inzwischen ein ausgearbeitetes Parteiprogramm mit eindeutig sozialdemokratischer Orientierung; dies ist aber noch nicht genug, um auch eine solide inhaltliche Arbeit zu betreiben und die Partei zusammenzuhalten.

Eine andere Partei, die sich zur Zeit mindestens in einem Wahlkreis Chancen ausrechnet, eine Kandidatin durchzubringen, ist die Zimbabwe Union of Democrats (ZUD) der Parlamentsabgeordneten Margaret Dongo. Diese ist seit 1990 Abgeordnete und ließ sich 1995 als erste unabhängige Kandidatin ins Parlament wählen. Seither betreibt sie dort eine engagierte Oppositionspolitik, zusammen mit zwei weiteren Abgeordneten der ZANU-Ndonga, die allerdings bei weitem nicht ihre Bedeutung erlangten. Allerdings könnten auch diese eine gewisse Chance haben, ihre Wahlkreise wiederzugewinnen.

1998 gründete Dongo, zwischenzeitlich einmal einem Sprengstoff-Attentat entkommen, ihre Partei. Das Problem dieser Partei liegt in der extremen Fixierung auf Dongo. Immer wieder traten führende Mitglieder aus und gingen zu anderen Parteien, weil sie sich nicht über die Verfahren und Inhalte zur Führung der Partei einigen konnten. Zuletzt verlor die Partei die zweite bekannte Frau, Priscilla Misihairambwi-Mushonga, der man den Gewinn eines Abgeordnetenmandats zutraute. Diese war darüber hinaus Leiterin der Wahlarbeit in der ZUD. Sie wird nun in dem MDC mitarbeiten.

■ **Der enorme Erfolg des MDC bringt aber auch Probleme mit sich. Schon versuchen Mitglieder der ZANU/PF eine neue Karriere in der Oppositionspartei, auch Anhänger kleinerer Oppositionsparteien suchen Kandidatenplätze über den MDC.**

■ Es dürfte für die ZUD schwer werden, sich bei den Wahlen zu plazieren, da sie nicht über ein ausgeprägtes Mitglieder-Netzwerk wie der MDC verfügt und daher auch nicht so viele im politischen Geschäft erfahrene Kandidaten präsentieren kann.

Die ZUD, ebenfalls Mitglied der NCA, konnte zudem bei weitem nicht in dem Maße vom Erfolg der Verfassungsbewegung profitieren wie der MDC. Dies führte in jüngster Zeit zu Verstimmungen zwischen Morgan Tsvangirai, der eine Zusammenarbeit mit der ZUD – wohl berechtigt – kaum noch für notwendig hält, um die Wahlchancen der Opposition zu erhöhen, und Frau Dongo.

Es dürfte für die ZUD schwer werden, sich bei den Wahlen zu plazieren, da sie nicht über ein ausgeprägtes Mitglieder-Netzwerk wie der MDC verfügt und daher auch nicht so viele im politischen Geschäft erfahrene Kandidaten präsentieren kann. Es war aus diesem Grund wohl auch weise, sich bei den Parlamentswahlen auf ca. 30 Wahlkreise zu konzentrieren. Sollte die Partei fünf Kandidaten durchbringen wollen, wäre dies wohl nur in Absprache mit dem MDC möglich. Es wäre unter den gegebenen Umständen ein großer, allerdings kaum zu erwartender Erfolg.

Für das politische Szenario Simbabwe wäre es allerdings sehr wichtig, eine nichtsozialistische Gruppierung wie die ZUD im Parlament zu haben. Auch aus Gründen der politischen Balance-Erhaltung und der Einführung von *Checks* und *Balances* wäre die Vermeidung eines sehr konfrontativen Zweiparteienszenarios hilfreich.

Mehr im Sinne eines historisch interessanten *Aperçus* ist zu vermerken, dass neben etwa zehn anderen Parteien nunmehr auch alte politische Prominente wie der Rhodesienpremier Ian Smith, Bischof Muzorewa und Ndabingi Sithole mit ihrer UDF bei den Wahlen antreten werden. Diese kleineren Parteien könnten allerdings insgesamt dem Image der Opposition schaden und außerdem in umkämpften Wahlkreisen die Position vor allem des MDC zugunsten der ZANU/PF schwächen.

Schwerwiegender als diese Gefahr ist aber der konstante Versuch der ZANU/PF, innerhalb und zwischen Oppositionsparteien Konflikte zu schüren. Neben dem Einschleusen eigener Mitglieder in die noch jungen und mithin nicht völlig gefestigten Oppositionsparteien geschieht dies vor allem durch die Provokation von gewaltsamen Zusammenstößen, insbesondere zwischen den jugendlichen Mitgliedern der verschiedenen Parteien.

Hier ist allerdings zu vermerken, dass auch die Oppositionsparteien keineswegs das Verhalten ihrer Mitglieder uneingeschränkt kontrollieren können. Radikale Aktionen sind auch auf dieser Seite vor allem von der Parteijugend zu erwarten. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwartende Ausschreitungen auf dieser Ebene würden eher der Regierungspartei zugute kommen, die an das Sicherheitsbedürfnis der Wähler appellieren und sich als Garant für Recht und Ordnung darstellen könnte.

■ **Sind vor diesem Hintergrund überhaupt freie und faire Wahlen zu erwarten?**

In den wahlvorbereitenden Programmen der verschiedenen nationalen und internationalen Organisationen wird es im Moment zunächst sehr darauf ankommen, deeskalierende und konfliktvermeidende Strategien, vor allem mit Jugendlichen, einzuüben. Dies sollte parteiübergreifend geschehen. Das Gewaltpotenzial ist schon aufgrund der verheerenden sozioökonomischen Lage im Land sehr hoch. Die Wahlen dürfen, dies ist für die Nachhaltigkeit des Demokratieprozesses von entscheidender Bedeutung, hier nicht zusätzliche Krisen heraufbeschwören.

Sehr bedeutend wird es sein, dass aller verfügbare Druck von neutraler Seite vor allem auf die staatlich kontrollierten Medien ausgeübt wird, um eine faire Berichterstattung im Wahlkampf zu fördern. Dazu gehören auch kostenlose Spots sowohl für die Opposition als auch für die verschiedenen Wählerbildung betreibenden Nichtregierungsorganisationen in den elektronischen Medien.

Genau beobachtet werden müssen die verschiedenen Formen der Parteien- und Wahlkampffinanzierung. Es ist damit zu rechnen, dass es zu einer massiven Bevorzugung der ZANU/PF kommen wird. Einzig der MDC wird aufgrund seiner breiten Mitgliederbasis in gewissem Maße mithalten können.

Nationale und internationale Wahlbeobachtung darf sich nicht auf den Wahltag beschränken. Der gesamte Prozess, rückwirkend einschließlich der Registrierungsverfahren und nach dem Wahltag bis hin zur Verkündung der Ergebnisse, muss in den Blick genommen werden. Es ist sehr empfehlenswert, aus Gründen der Informationsweitergabe und

■ **Nationale und internationale Wahlbeobachtung darf sich nicht auf den Wahltag beschränken. Der gesamte Prozess, rückwirkend einschließlich der Registrierungsverfahren und nach dem Wahltag bis hin zur Verkündung der Ergebnisse, muss in den Blick genommen werden.**

um einen tieferen Informationsstand auch bei den internationalen Beobachtern zu erwirken, dass die internationalen Beobacherteams mit lokalen Gruppierungen zusammenarbeiten. Auch sollten einige internationale Beobachter bis zum Ende des Prozesses im Lande zu bleiben, denn – die Beispiele Malawi und Mosambik haben es deutlich gezeigt – neben der Registrierung bieten vor allem die Auszählungsverfahren Gelegenheit zur Verfälschung des Wählerwillens und zur Manipulation der Ergebnisse.

Es steht zu hoffen, dass die Gebergemeinschaft, deren Haltung in Bezug auf den Wahltermin völlig schlüssig und richtig ist, trotzdem in der Lage sein wird, auch bei einem früheren Wahltag, insbesondere Nichtregierungsorganisationen und Beobachtungsgruppen zu unterstützen. Es reicht nicht aus, die Mängel des Verfahrens zu kritisieren. Es muss alles getan werden, auch unter den sich abzeichnenden widrigen Umständen, bei einem frühen Wahltermin ein dann noch erreichbares Maß an Fairness tatsächlich herstellen zu helfen.

Dies genau ist auch die Haltung vieler Nichtregierungsorganisationen im Lande, die sich nun mit ihren Programmen auf die Wahlen vorbereiten. Auch die NROs leiden unter Infiltrationsversuchen der Regierung. Es gibt aber in Simbabwe in vielen Bereichen, vor allem bei Intellektuellen und in den Kirchen, wichtige Personen und Gruppen, die sich engagiert und risikofreudig, kompetent und optimistisch für ein demokratisches Simbabwe einsetzen. Gerade diese Gruppierungen und Persönlichkeiten sollten von den Gebern als Vertreter des Landes anerkannt und gestützt werden.

■ **Es gibt in Simbabwe in vielen Bereichen, vor allem bei Intellektuellen und in den Kirchen, wichtige Personen und Gruppen, die sich engagiert und risikofreudig, kompetent und optimistisch für ein demokratisches Simbabwe einsetzen.**

■ **Wie könnten die Wahlen ausgehen?**

Wer vor dem Referendum eine Ablehnung des Verfassungsentwurfes vorhergesagt hatte, wurde, gehörte er der NCA an, mindestens für überoptimistisch gehalten. Neutrale Beobachter wären wohl für verrückt erklärt worden. Der Meinungsforscher Masimpule Sithole hat allerdings jenes Ergebnis relativ exakt vorhergesagt.

Eine Vorhersage für die Wahlen ist natürlich zunächst wegen des komplizierteren Wahlverfahrens schwieriger. Und ob es überhaupt nach dem offen-

sichtlich misslungenen Registrierungsverfahren zu freien und fairen Wahlen kommen kann, ist höchst fraglich. Hier ist ein schwerwiegender Vorbehalt anzumelden.

Sollte es zu einigermaßen fairen Bedingungen kommen, sagt aber der genannte Forscher voraus, dass der Opposition ein knapper Sieg gelingen könnte. Er hält in städtischen Gebieten 80 Prozent und in ländlichen 40 Prozent der Stimmen für eine vereinigte Opposition für möglich. Dies wäre möglicherweise eine knappe Mehrheit. Beim Referendum fielen, auf die bestehenden Wahlkreise projiziert, 63 Wahlkreise auf das Ja-, 57 auf ein Nein-Votum.

Käme es zu dem vorhergesagten Resultat, müssten natürlich noch die vom Präsidenten zu ernennenden 30 Abgeordneten bei der ZANU/PF hinzugezählt werden, sodass in jedem Fall mit einer komfortablen Mehrheit für die Regierung zu rechnen ist. Dieses Ernennungsverfahren würde in einem solchen Falle aber mit Sicherheit viel Widerspruch provozieren und erneute scharfe politische Auseinandersetzungen nach sich ziehen.

Mit allergrößter Wahrscheinlichkeit kommt es – dies belegt auch die Umfrage eines mit GALLUP liierten Meinungsinstitutes – zu einem hervorragenden Ergebnis für die Opposition, und es wird für Präsident Mugabe schwer, seine bisherige Politik bis zu den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2002 durchzuhalten. Die Umfrage zeigt, dass die Befragten der Regierung auch in allen Sachfragen, einschließlich der Behandlung der Landfrage, schlechte Noten geben und dass nur eine Minderheit sie unterstützt.

Ein Wahlerfolg der Opposition wäre daher möglicherweise der wirkliche Beginn einer politischen Transformation im Lande. Bis dahin bleibt aber noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten und Druck auszuüben, damit die Ereignisse den wirklich von der Mehrheit der Simbabwer erwünschten Verlauf nehmen können.

■ Was kann nach den Wahlen folgen?

Der durch die Etablierung einer starken Opposition sich äußernde Wille der Bevölkerung zu politischem Wandel beinhaltet die Chance, dass endlich die lange schwelenden und nie richtig in Angriff genommenen

■ Mit allergrößter Wahrscheinlichkeit kommt es – dies belegt auch die Umfrage eines mit GALLUP liierten Meinungsinstitutes – zu einem hervorragenden Ergebnis für die Opposition, und es wird für Präsident Mugabe schwer, seine bisherige Politik bis zu den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2002 durchzuhalten.

Probleme Simbabwes einer Lösung näher gebracht werden könnten. Es könnte rational verhandelt und nicht weiterhin despotisch entschieden werden über

- eine zukunftsweisende Wirtschaftspolitik, welche die guten Chancen Simbabwes gerade im Verbund der SADC und gerade auf der Basis einer immer noch bestehenden exzellenten Infrastruktur und eines vergleichsweise hohen Ausbildungsniveaus nutzt,
- eine Dynamisierung der Gesellschaft, die das hohe simbabwesche Potenzial an fachlich und politisch qualifizierten Menschen im In- und Ausland ins Spiel bringt und den Menschen und ihren selbstorganisierten Zusammenschlüssen Freiheit zur Entfaltung lässt,
- eine an Sachkriterien orientierte Lösung der Landfrage,
- eine wirkliche Verfassungsreform, die den Rechtsstaat und die dezentralen Entscheidungskompetenzen stärkt und die Machtfülle Einzelner einschränkt.

Es würde endlich um alle, nicht um einzelne mächtige Simbabwer gehen.

Simbabwe ist ein wunderschönes, ein reiches, ein mit freundlichen Menschen und großen Naturpotenzialen gesegnetes Land. Es hat seine gegenwärtige Führung nicht verdient.

Gegenwärtig überwiegt aus den genannten Gründen allenthalben die Skepsis. Die vielen für ihre Zukunft kämpfenden Simbabwer verdienen gerade deshalb die Unterstützung ihrer internationalen Freunde, um ihre demokratisch formulierten und entwicklungsorientierten Ziele zu erreichen. Sie selbst müssen das Ihre tun, um den Rassismus zu bekämpfen, ethnische Spannungen zu überwinden, die Voraussetzungen für eine offene und dialogfreudige Gesellschaft herzustellen.

Das Manuskript wurde am 14. März 2000 abgeschlossen.